



## Es gilt das gesprochene Wort!

Hinweis: Diese Rede kann hier als Video abgerufen werden:  
<http://www.landtag.ltsh.de/aktuell/mediathek/index.html>

Kiel, 27. April 2018

TOP 17: Alle Wege zum Abitur offenhalten (Drs-Nr.: 19/672)

Kai Vogel:

## Jamaika fördert eine Spaltung der Schularten

Die Jamaika-Koalition macht eine bisher höchst effiziente Öffentlichkeitsarbeit. Die letzte Umfrage zeigt, dass sie damit in der Öffentlichkeit bisher recht gut durchgekommen ist, jedenfalls gilt das für zwei der drei Koalitionspartner. Zu dieser Öffentlichkeitsarbeit gehört ganz entscheidend auch das in unserer Zeit so beliebte Prinzip, Fake News in die Welt zu setzen, die man anschließend relativieren kann. Der Ministerpräsident wurde Anfang des Jahres in der Presse mit dem Satz zitiert: „Es war ein Irrweg, dass man gesagt hat, alle Kinder müssen Abitur machen.“ In ihrer Antwort auf die Kleine Anfrage meines Fraktionskollegen Martin Habersaat wurde das dann plötzlich als bloße rhetorische Zuspitzung dargestellt. Mit solchen zumindest fahrlässigen Äußerungen wird die Tatsache ignoriert, dass Schleswig-Holstein in der Vergangenheit zu den Bundesländern gehört hat, in denen die Abiturquote weit unter dem Bundesdurchschnitt lag.

Und wenn man nicht annehmen will, dass der Durchschnitt der schleswig-holsteinischen Jugendlichen in geringerem Maße als ihre Altersgenossen in den anderen Bundesländern die Befähigung und Eignung zum Abitur mitbringen, kann das ja nur daran liegen, dass die Strukturen des schleswig-holsteinischen Schulsystems es eben nicht ermöglicht haben, alle

### Herausgeber

SPD-Landtagsfraktion  
Landeshaus  
Postfach 7121, 24171 Kiel

Verantwortlich:  
Heimo Zwischenberger

Telefon Pressestelle 0431-988-13 05  
Fax Pressestelle 0431-988-13 08

E-Mail [pressestelle@spd.ltsh.de](mailto:pressestelle@spd.ltsh.de)  
Web [spd.ltsh.de](http://spd.ltsh.de)

Bildungsreserven auszuschöpfen. Dieser Rückstand hat sich in den Amtsjahren der Küstenkoalition deutlich verringert. Es kann aber keinen Grund dafür geben, jetzt den Rückwärtsgang einzuschalten und sich etwa darauf zu verlassen, dass die anderen Bundesländer uns schon in ausreichendem Maße mit Fachkräften ausstatten, die das Abitur oder ein Studium vorweisen können. Und wenn wir uns darauf nicht verlassen wollen und können, bedeutet das in einem Flächenland wie Schleswig-Holstein, dass es über die 100 Gymnasien im Lande hinaus weitere Wege zum Abitur geben muss.

Die SPD und ihre Partner in der Küstenkoalition waren sich bis vor einem Jahr darin einig, dass wir in Schleswig-Holstein ein Drei-Säulen-Modell haben müssen, das aus den Gymnasien, den Gemeinschaftsschulen mit Oberstufe und den Beruflichen Gymnasien besteht. Diese Gleichrangigkeit hat die Jamaika-Koalition aufgekündigt. Die Entscheidung, alle bis auf ein Gymnasien zu G9 zurückkehren zu lassen, hat die Gemeinschaftsschulen mit Oberstufe ein Alleinstellungsmerkmal gekostet und die Wahlfreiheit der Eltern entscheidend eingeschränkt. Die Anmeldezahlen und die Übergangsquoten für das nächste Schuljahr, die die Landesregierung in ihrer Antwort auf eine weitere Kleine Anfrage von Martin Habersaat und mir mitgeteilt hat, geben widersprüchliche Signale. Die Gemeinschaftsschulen mit Oberstufe haben fast alle nach wie vor hohe Abweisungsquoten, die allerdings deutlich niedriger liegen als im vergangenen Jahr, während die Gemeinschaftsschulen ohne Oberstufe und die Gymnasien fast alle Schüler aufnehmen können, die bei ihnen angemeldet wurden. Die Koalition ignoriert diesen Bedarf. In ihrem Koalitionsvertrag schreibt sie sogar ausdrücklich, sie gehe davon aus, „dass sich derzeit kein Bedarf für zusätzliche Oberstufen abzeichnet“. Im Gegenteil versucht sie, Schulträger von entsprechenden Anträgen zu vergrämen. Sie treiben mit Ihrer aktuellen Bildungspolitik einen Keil zwischen die Gemeinschaftsschulen, die Gymnasien und die beruflichen Schulen. Mit Ihrem Weg der Wiedereinführung der schriftlichen Schulartempfehlung fördern Sie genau diese Spaltung: Die einen erhalten eine Gymnasialempfehlung, die anderen eben nicht. Das ist Spaltung. Sie verändern die Lehrerausbildung: In Flensburg kann man zukünftig für die Oberstufe an Gemeinschaftsschulen ausgebildet werden und in Kiel exklusiv für das reine Gymnasium. Das ist Standesdünkel und ebenfalls eine neue Spaltung, die sie nicht sehen wollen.

Aus Gesprächen wissen wir, dass kleine Oberstufen aus der Koalition sehr kritisch beäugt werden, statt sie zu stärken. Und eine schlüssige Erklärung, warum sinnvollerweise die Beruflichen Schulen und damit auch die beruflichen Gymnasien an das Wirtschaftsministerium übersiedeln musste, konnte mir bis heute noch niemand schlüssig erklären. Da diese jetzt dem einen Ministerium eigentlich nicht mehr unterstehen, bei dem anderen aber auch erst in ca. 3-4 Jahren richtig ankommen sollen, fühlen die sich wirklich nicht mehr auf Augenhöhe mit den

anderen Gymnasien. Es liegt nun an Ihnen, diesen Vorwurf zu akzeptieren oder ihn dadurch zu Widerlegen, dass Sie ein tragfähiges Konzept entwickeln, wie das erfolgreiche Drei-Säulen-Modell in unserem Land aufrechterhalten und weiterentwickelt werden kann.

Ich bitte um Zustimmung zu unserem Antrag.